

Obwohl verstärkter Schneefall den Verkehr in Europa stark beeinträchtigt, sind mit 25 Parlamentariern die meisten da. Die Tagesordnungspunkte 9 und 10, die sich mit dem Nachtragshaushalt für 2010 sowie dem Haushaltsansatz für 2011 befassen sollen, werden in Hinblick auf das noch ausstehende offizielle Inkrafttreten der Finanzordnung der Studierendenschaft vertagt. Sobald die Ordnung in den Mitteilungen der Universität Gießen erscheinen wird, wird die Ordnung jedoch in Kraft gesetzt werden.

Entgegen einer vorab verschickten Mitteilung des Präsidiums bleibt Robert Socha (BU) bis zum Ende der Amtszeit Mitglied des Untersuchungsausschusses.

Studierendensprechstunde

Ein Studierender stellt die Frage, warum die Befassung mit einer Pressemeldung des AStA, deren Thema u. A. die Äußerungen von Prof. Scherf in einer Lehrveranstaltung sind und die diese Äußerungen als rechtsradikal einstufte, vertagt wurde, zumal das Ausmaß der Folgen noch nicht abzusehen ist.

Der verantwortliche AStA-Referent teilt mit, dass die Pressemeldung zurückgezogen sei und man dazu noch keine Stellung nehmen werde, da diese Angelegenheit noch nicht im AStA hätte besprochen werden können, da zwischen der Veröffentlichung der Meldung und der heutigen Parlamentssitzung keine Sitzung des AStA stattgefunden haben.

Diese Reaktion stellt weder den Fragesteller noch die Opposition zufrieden, doch auch auf mehrfaches gezieltes Nachfragen zu verschiedenen Ansatzpunkten und von verschiedenen Fragestellern erfolgt keine weitergehende Antwort.

Viel mehr noch, mindestens die Opposition ist darüber empört, dass eine so gewichtige und möglicherweise schadenswirksame Angelegenheit nicht im StuPa, dem höchsten beschlussfassenden Gremium der verfassten Studierendenschaft thematisiert wird, sondern diese vorab im AStA thematisiert werden müsse.

Als klar wird, dass die Koalition nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung des heiklen Themas zu bewegen ist, stellt der Studierende die daran anknüpfende Frage, ob Pressemeldungen vor ihrer Veröffentlichung hinreichend innerhalb des AStA gegengelesen und abgestimmt würden oder ob sie „einfach so rausgehauen“ würden, um dann gegebenenfalls nach Einsetzen der öffentlichen Reaktion darüber zu reden.

Der AStA / die Koalition gehen darauf nicht ein.

Beratung zur Plakatierordnung

Vorangestellt einige erläuternde Worte: Die über das Universitätsgelände verteilten Plakatwände sind stets ‚heiß umkämpft‘, verschiedene externe Veranstalter werben für diverse kommerzielle Uniparties, sodass gelegentlich die Werbung universitärer oder nichtkommerzieller Veranstalter untergeht. In der Wahlkampfzeit zur Uniwahl steigert sich das gegenseitige Überplakatieren noch einmal enorm.

Um dem entgegenzuwirken möchte die Koalition eine Resolution einstimmig beschlossen wissen, dass die verfasste Studierendenschaft die Plakatwände von der Universität pachtet oder in anderer Weise das Nutzungsrecht übertragen bekommt. Dann könnte die Studierendenschaft beispielsweise zur Zeit der Wahlen zivilrechtlich die externen Werber vom Plakatieren ausschließen, um das Überplakatieren etwas einzudämmen.

Darüber hinaus müsste die Nutzung im Detail aber von einer Plakatierordnung geregelt werden.

Es herrscht Einigkeit darüber, dass man etwas tun muss, um das ständige Überplakatieren einzudämmen, allerdings wollen die Jusos und die LHG nicht der Resolution zustimmen, ohne dass eine Plakatierordnung steht.

Die nächste Wahl steht schon sehr bald an, sodass es nicht möglich sein wird, bis dahin eine Ordnung aufzusetzen, wohl aber könnte man das Nutzungsrecht an den Plakatwänden erhalten und somit wenigstens die Externen hindern.

Auf Nachfragen an die Jusos, warum sie diesem Schritt nicht auch einzeln zustimmen erhält das Plenum keine inhaltliche Antwort.

So wird dieser Tagesordnungspunkt ohne Ergebnis beendet.

Landesgartenschau:

Der ursprüngliche Weg der Studierenden, sich über einen runden Tisch in die Planung der Landesgartenschau 2014 in Gießen einzubringen, ist nun hinfällig geworden. Stattdessen verspricht die Oberbürgermeisterin den Studierenden einen Sitz im Planungsausschuss. Somit können die Studierenden direkt mitwirken.

Darüber hinaus gibt es noch eine gute Nachricht, berichtet Adam Czapelka(UniGrün): Die Oberbürgermeisterin machte explizit die Zusage, dass der Zaun am Schwanenteich, der für die Landesgartenschau errichtet werden wird, nach dem Ende dieser wieder abgebaut würde.

Untersuchungsausschuss:

In der Sitzung am 3. November hatte das Parlament die Gründung eines Untersuchungsausschusses beschlossen, der sich mit der lückenlosen Aufklärung aller finanzwirksamen Tätigkeiten im Umfeld der Rücklagen des AStA der letzten Jahre befassen sollte.

Dieser Ausschuss hat sich in der Zwischenzeit konstituiert und Stephanie Theiß hat den Vorsitz übernommen. In einer ersten Sitzung wurden die Ziele des Ausschusses präzisiert und unterteilt, jedoch konnte noch nicht inhaltlich gearbeitet werden, da das originale Beratungsprotokoll der Fondszeichnung nicht vorlag.

Die Vorsitzende geht davon aus, dass in der Parlamentsitzung im Januar ein Zwischenbericht vorgelegt werden kann und im Februar dann der Ausschuss zum Abschluss kommt.

Anträge

- Als Reaktion auf den Alkoholkonsum im Umfeld der Parlaments- und AStA-Sitzungen, auf den nicht zuletzt durch den in der letzten Sitzung verlesenen offenen aufmerksam gemacht wurde, bringen die Listen RCDS und LHG einen Antrag ein, der die Amts- und Mandatsträger der Studierendenschaft während des Livestreams in Sitzungen des Parlaments und des AStA auffordert, auf den Alkoholkonsum zu verzichten. Dieser Antrag wird angenommen.
- Der Antrag des AStA, zusammen mit den kommenden Wahlen eine Urabstimmung zur „Notenklammerung“ durchzuführen, wird einstimmig angenommen.
Die Fragestellung wird dabei sein, ob der AStA einen Antrag in den Senat einbringen soll, der auf die Implementierung einer Regel abzielen würde, die das Ausklammern von einem Drittel aller Modulnoten aus der Endnote ermöglichen würde.
- Eine deutliche Mehrheit findet der Antrag der Koalition, folgende Aufforderungen bzgl. der Grundordnung an die Senatskommission Grundordnung sowie den Senat heranzutragen:
 - Aufnahme einer Zivilklausel
 - Einfügen eines Abschnitts „Angelegenheiten der Studierenden“
 - Streichung der Bezeichnung „AStA-Vorsitz“
 - Verankerung einer/eines zentralen Behindertenbeauftragten

- Stärkere Beteiligung der Fachbereichsräte bei der Bildung von Berufungskommissionen

[im Detail wird in den Reaktionen hierauf in künftigen Berichten von Amtsträgern eingegangen werden]

- Mit sehr deutlicher Mehrheit wird ein modifizierter Antrag der Liste *Demokratische Linke* beschlossen, dass die Studierendenschaft bis zu 1500 € für Fahrgelegenheiten zu den Gegenaktivitäten zum Naziaufmarsch in Dresden am 13. Februar 2011 bereitstellt.
- Mit dem Antrag der Liste *Liberale Hochschulgruppe* befasst sich das Parlament bis zur Erkenntnis, dass sich kein Konsens darüber finden lässt, ob die beantragte Fahrt zu finanzieren mit der Satzung der Studierendenschaft in Einklang zu bringen ist. Es handelt sich dabei um eine Exkursion, die in Bezug zum Studienfach steht und von einem Dozenten angeregt wurde. Diese beiden Tatsachen legen nahe, dass es sich hier um Finanzierung von Lehre handeln könnte, was nicht zum Aufgabenfeld der Studierendenschaft gehört. Darüber hinaus ist die Teilnehmergruppe scheinbar vorrangig oder ausschließlich aus Teilnehmern einer konkreten Lehrveranstaltung zusammengesetzt, was die Kritik erhärtet. Einige Parlamentarier sehen außerdem eine Schwierigkeit darin, dass diese Fahrt oder ihre Beantragung ohne Beteiligung der anliegenden Fachschaft erfolgen soll.
- In einem Dringlichkeitsantrag (Dringlich, weil der Antrag nicht fristgerecht zugegangen war. Das Parlament bestätigt die Dringlichkeit vor Befassung mit dem eigentlichen Antrag.) geht es um die offizielle Gründung der Fachschaft „Sportwissenschaft“. Der Antrag stößt auf breite Unterstützung.
- Auf die gleiche Weise wird die Gründung der Fachschaft „Geographie“ bestätigt.

Sonstiges

Vermutlich wird die nächste Sitzung am Donnerstag, dem 13. Januar 2011 um 20 Uhr c.t. im Sitzungssaal im JürgenDietz-Haus(also am üblichen Ort) stattfinden.

Das Präsidium bedankt sich für die gute Arbeit des Parlaments und wünscht ein angenehmes Jahresende sowie einen glücklichen Start ins neue Jahr!